SUPERCOOP

Vorschläge Februar 2021 / February 2021 Proposals

Plenum Proposals

Vorschlag (1) Übernahme der Regel der Generalversammlung für das Plenum 2

§ 9 Generalversammlung 2

§ 10 Einberufung 3

§ 11 Gegenstände der Beschlussfassung 4

§ 12 Mehrheitserfordernisse 4

§ 13 Virtuelle Generalversammlung 5

Vorschlag (2) Ein Manifest für SuperCoop zu verabschieden, um einen Rahmen zu setzen, was wir tun und warum. **6**

Vorschlag (3) Die Verabschiedung von 9 Leitlinien für die Produktauswahl, entwickelt vom Team für die Produktbeschaffung. **6**

Proposal (1) We motion to adopt the General Assembly rules from the Satzung and apply them to the Plenum... **7**

§ 9 General Assembly 7

§ 10 Convening 8

§ 11 Objects of the Adoption of Resolutions 8

§ 12 Majority Requirements 9

§ 13 Virtual General Meeting 9

Proposal (2) We motion to adopt a manifesto for SuperCoop to provide a framework for what we do and why. **11**

Proposal (3) We motion to adopt 9 guidelines for product selection (developed by the sourcing team). **11**

Vorschlag (1) Übernahme der Regel der Generalversammlung für das Plenum

- **Die Regeln der Generalversammlung aus der Satzung zu übernehmen und sie auf das Plenum anzuwenden, mit Ausnahme von § 10 Einberufung (1), (3), (4) &(6) und § 13 Virtuelle Generalversammlung (1).**

- **§ 11 Gegenstände der Beschlussfassung sind der Mitgliederversammlung vorbehalten und können nicht im Plenum beschlossen werden. Daher sind § 12 Mehrheitserfordernisse (2) & (3) nicht relevant.**

A) DIE GENERALVERSAMMLUNG

§ 9 Generalversammlung

(1)Die Mitglieder üben ihre Rechte in den Angelegenheiten der Genossenschaft in der Generalversammlung aus.
(2)Jedes Mitglied hat unabhängig von der Anzahl der Anteile eine Stimme. Ausnahme hiervon sind investierende Mitglieder, die keine Stimme haben (siehe § 3 (4) c)).
*(3)Geschäftsunfähige, beschränkt geschäftsfähige Personen sowie juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch den / die gesetzliche*n Vertreter*in, Personengesellschaften durch ihre zur Vertretung ermächtigten Gesellschafter*innen aus.*
*(4)Mitglieder, deren gesetzliche Vertreter*innen oder zur Vertretung ermächtigte Gesellschafter*innen, können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Mehrere Erben eines verstorbenen Mitglieds können das Stimmrecht nur durch eine*n gemeinschaftliche*n Bevollmächtigte*n ausüben.*
*(5)Ein*e Bevollmächtigte*r kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft, Ehegatt*innen, Eltern, Kinder oder Geschwister eines Mitglieds sein oder müssen zum Vollmachtgeber / zur Vollmachtgeberin in einem Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnis stehen. Personen, an die die Mitteilung über den Ausschluss abgesandt ist, können nicht bevollmächtigt werden.*
*(6)Stimmberechtigte gesetzliche bzw. ermächtigte Vertreter*innen oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis auf Verlangen der Versammlungsleitung schriftlich nachweisen.*
(7)Niemand kann für sich oder einen anderen das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluss gefasst wird, ob er / sie oder das vertretene Mitglied zu entlasten oder von einer

Verbindlichkeit zu befreien ist, oder ob die Genossenschaft gegen ihn / sie oder das vertretene Mitglied einen Anspruch geltend machen oder über den Ausschluss beschließen soll. Sie oder er ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.
(8)Die Generalversammlung bestimmt die Versammlungsleitung auf Vorschlag des Aufsichtsrates.
*(9)Die Versammlungsleitung ernennt eine*n Schriftführer*in und erforderlichenfalls Stimmzähler*innen.*
*(10) Vertreter*innen des Prüfungsverbands können an jeder Generalversammlung beratend teilnehmen.*
(11) Beschlüsse der Generalversammlung werden gemäß § 47 des Genossenschaftsgesetzes protokolliert.

§ 10 Einberufung

(1)Die ordentliche Generalversammlung hat innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden.
(2)Die Mitglieder der Genossenschaft können in einem von ihnen unterzeichneten Antrag unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung einer Generalversammlung verlangen. Hierzu bedarf es der Unterschriften von mindestens 10% der Genossenschaftsmitglieder; ab einer Mitgliederzahl von über 1.500 ist es ausreichend, wenn mindestens 150 Mitglieder den Antrag stellen.
(3)Die Generalversammlung findet am Sitz der Genossenschaft statt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat einen anderen Tagungsort festlegen.
(4)Die Generalversammlung wird durch den Vorstand einberufen. Der Aufsichtsrat ist zur Einberufung berechtigt und verpflichtet, wenn hierfür ein gesetzlicher oder satzungsmäßiger Grund vorliegt oder wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich ist, insbesondere auf Verlangen des Prüfungsverbandes.
(5)Die Generalversammlung wird durch unmittelbare Benachrichtigung sämtlicher Mitglieder in Textform einberufen. Die Einladung muss mindestens zwei Wochen vor der Generalversammlung erfolgen. Die Mitteilungen gelten als zugegangen, wenn sie zwei Werktage vor Beginn der Frist abgesendet worden sind.
(6)Mit der Einberufung ist die Tagesordnung bekannt zu machen. Die Tagesordnung wird von dem- oder derjenigen festgesetzt, der / die die Generalversammlung einberuft.
(7)Mitglieder der Genossenschaft können in einem von ihnen unterzeichneten Antrag unter Angabe der Gründe verlangen, dass Gegenstände zur Beschlussfassung in der Generalversammlung angekündigt werden; hierzu bedarf es der Unterschriften mindestens 5 % der Genossenschaftsmitglieder. Ab einer Mitgliederzahl von über 1.000 ist es ausreichend, wenn mindestens 50 Mitglieder den Antrag stellen.
(8)Ergänzungen und Änderungen der Beschlussgegenstände müssen den Mitgliedern mindestens eine Woche vor der Generalversammlung in Textform angekündigt werden. Die Mitteilungen gelten als zugegangen, wenn sie zwei Werktage vor Beginn der Frist abgesendet worden sind.
(9)Jede ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung ist unabhängig von der Zahl der

*Teilnehmer*innen beschlussfähig.*

§ 11 Gegenstände der Beschlussfassung

(1)Die Generalversammlung wählt die Mitglieder des Aufsichtsrates und - soweit eingesetzt - des Beirates.
(2)Die Generalversammlung wählt die Mitglieder des Vorstandes. Der Aufsichtsrat soll hierfür einen Vorschlag machen.
(3)Die Generalversammlung beschließt weiterhin über die im Genossenschaftsgesetz und in dieser Satzung bezeichneten Angelegenheiten, insbesondere über:
a) die Änderung der Satzung;
b) Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des Jahresüberschusses oder Deckung des Jahresfehlbetrages;
c) Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats;
d) Festsetzung der Beschränkungen bei Kreditgewährung gemäß § 49 Genossenschaftsgesetz;
e) Austritt aus genossenschaftlichen Verbänden;
f) Verschmelzung, Spaltung oder Formwechsel der Genossenschaft nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes;
g) Aufnahme, Ausgliederung oder Aufgabe eines Geschäftsbereichs, die den Kernbereich der Genossenschaft berührt;
h) Auflösung der Genossenschaft;
i) Fortsetzung der Genossenschaft nach beschlossener Auflösung;
j) Ausschluss von Mitgliedern, die zugleich Mitglied im Vorstand oder Aufsichtsrat der Genossenschaft sind.

§ 12 Mehrheitserfordernisse

(1) Die Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz oder diese Satzung eine größere Mehrheit vorschreibt.
(2) Eine Mehrheit von drei Vierteln der gültig abgegebenen Stimmen ist insbesondere in folgenden Fällen erforderlich:
a) Änderung der Satzung;
b) Widerruf der Bestellung von Mitgliedern des Aufsichtsrats;
c) Austritt aus genossenschaftlichen Verbänden;
d) Verschmelzung und Spaltung der Genossenschaft nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes;
e) Auflösung der Genossenschaft;
(3)Ein Beschluss über die Änderung der Rechtsform bedarf der Mehrheit von neun Zehnteln der gültig abgegebenen Stimmen. Bei der Beschlussfassung über die Auflösung sowie die Änderung der Rechtsform müssen über die gesetzlichen Vorschriften hinaus zwei Drittel aller Mitglieder in einer nur zu diesem Zweck einberufenen Versammlung anwesend sein. Wenn

diese Mitgliederzahl in der Versammlung, die über die Auflösung oder über die Änderung der Rechtsform beschließt, nicht erreicht ist, kann jede weitere Generalversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder innerhalb desselben Geschäftsjahres über die Auflösung oder Änderung der Rechtsform beschließen.

§ 13 Virtuelle Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung soll in der Regel als Präsenzveranstaltung stattfinden, in Ausnahmen kann sie als Präsenzveranstaltung mit virtueller Teilnahme (Abs. 2) oder als reine virtuelle Generalversammlung (Abs. 3) stattfinden. Für die virtuelle Generalversammlung gilt § 9 - 12 entsprechend, soweit nicht nachfolgend Abweichendes geregelt ist.
(2) Die Übertragung der Generalversammlung in Bild und Ton ist zulässig. Die Entscheidung darüber, ob und auf welche Weise die Generalversammlung in Bild und Ton übertragen wird, obliegt dem Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats (elektronische Beobachtung einer Präsenzveranstaltung). Die Art und Weise der Übertragung ist mit der Einberufung bekannt zu machen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Mitgliedern ermöglichen, ihre Frage- und/oder Stimmrechte im Wege elektronischer Kommunikation auszuüben (elektronische Teilnahme an einer Präsenzversammlung).
(3) Die Generalversammlung kann auch ohne physische Anwesenheit der Mitglieder abgehalten werden (virtuelle Generalversammlung). In diesem Fall sind den Mitgliedern zusammen mit der Einberufung sämtliche Informationen mitzuteilen, die zur uneingeschränkten Teilnahme an der Generalversammlung benötigt werden. Dazu gehören insbesondere Informationen über evtl. Zugangsdaten sowie darüber hinaus, auf welche Weise das Rede-, Antrags-, Auskunfts- und Stimmrecht ausgeübt werden kann und wie und bis wann die elektronische Stimmabgabe zu erfolgen hat.
(4) Die Teilnahme an der virtuellen Generalversammlung kann dergestalt erfolgen, dass die technische Ausgestaltung eine teilnehmer-öffentliche Zwei-Wege-Kommunikation der Mitglieder mit den Organen und ggf. untereinander in der Generalversammlung ermöglicht. Diese kann auch in einer dem Abstimmungsvorgang vorgelagerten Diskussionsphase erfolgen; in diesem Fall stellt der Beginn der Diskussionsphase den Beginn der Generalversammlung dar. Die Diskussionsphase dauert mindestens eine Woche, die Länge wird vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festgelegt.
(5) Die Zwei-Wege-Kommunikation kann durchgeführt werden als:
Telefon- oder Videokonferenz,
a) E-Mail-Diskussion oder
b) Online-Diskussion.
Die Abstimmungen können durchgeführt werden durch
a) E-Mail-Abstimmungen oder
b) Online-Abstimmungen.
(6) Bei der Auswahl des konkreten Verfahrens haben Vorstand und Aufsichtsrat zu berücksichtigen, dass dieses durch angemessene technische Vorkehrungen gegen Manipulationen geschützt ist. Ergänzend gelten für die einzelnen Verfahren die folgenden Regeln.
(7) Die Einberufung einer E-Mail-Diskussion erfolgt durch Nachricht an alle Mitglieder über einen Mitglieder-Mailing-List. Vom Vorstand ist sicherzustellen, dass die Stellungnahmen von allen Mitgliedern allen übrigen Mitgliedern zugehen.

(8) Die Online-Diskussion findet geschützt in einer geschlossenen Benutzergruppe statt. Zu jedem Tagesordnungspunkt werden Diskussionsbereiche eingerichtet, diese können von der Versammlungsleitung in Unterthemen gegliedert werden.
(9) Bei der E-Mail-Abstimmung erhalten die Mitglieder eine Mail vom Versammlungsleiter, die den Antragstext, bzw. die Antragstexte enthält. Die Mitglieder antworten über die Mailing-List, indem sie ihre Stimme in der Mail, einem Formular oder bei einzelnen Anträgen in der Betreffzeile abgeben. Die Versammlungsleitung gibt die Art der Stimmabgabe vor. Außer im Falle der Telefon- oder Videokonferenz - bei der in Echtzeit abgestimmt wird - dauert die Stimmabgabe mindestens eine Woche.
(10) Bei der Online-Abstimmung erfolgt die Abgabe einer Stimme durch ein elektronisches Verfahren, das die Transparenz und Nachprüfbarkeit einer Stimmabgabe durch die Mitglieder sicherstellt. Das konkrete Abstimmungsverfahren wird vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats festgelegt.
(11) Das Protokoll der Generalversammlung muss, soweit zutreffend, um folgendes ergänzt werden:
a) die Art und das Datum des Beginns der Diskussionsphase,
b) die Art und den Zeitraum der Abstimmungsphase,
c) die Namen der Mitglieder, die an der virtuellen Generalversammlung bzw. virtuell an der Präsenzversammlung teilgenommen haben.

Vorschlag (2) Ein Manifest für SuperCoop zu verabschieden, um einen Rahmen zu setzen, was wir tun und warum.

Lese den Vorschlag des SuperCoop Manifests **hier.**

Vorschlag (3) Die Verabschiedung von 9 Leitlinien für die Produktauswahl, entwickelt vom Team für die Produktbeschaffung.

Lese den Vorschlag der Beschaffungsleitlinien **hier.**

……

Proposal (1)

- **We motion to adopt the General Assembly rules from the Satzung and apply them to the Plenum, excluding § 10 Convening (1), (3), (4) &(6) and § 13 Virtual General Meeting (1).**
- **§ 11 Objects of the Adoption of Resolutions will be reserved for the General Assembly, and may not be decided upon in a Plenum. Therefore § 12 Majority Requirements (2) & (3) are null and void.**

As stated by the SuperCoop bylaws (Satzung), the rules of the General Assembly are as follows:

A) THE GENERAL ASSEMBLY

§ 9 General Assembly

(1)The members exercise their rights in the affairs of the cooperative in the General Assembly.
(2) Each member shall have one vote regardless of the number of shares. The exception to this is investing members, who have no vote (see § 3 (4) c)).
(3) Incapacitated persons, persons with limited legal capacity and legal entities shall exercise their voting rights through their legal representative, partnerships through their partners authorized to represent them.
(4) Members, their legal representatives or partners authorized to represent them may be represented by proxy. Several heirs of a deceased member may only exercise the voting right through a joint proxy.
(5) A proxy may not represent more than two members. Proxies may only be members of the cooperative, spouses, parents, children or siblings of a member or must be in a corporate or employment relationship with the grantor of the proxy. Persons to whom the notification of exclusion has been sent cannot be authorized.
(6) Legal or authorized representatives or proxies entitled to vote must provide written proof of their power of representation upon request by the chair of the meeting.
(7) No one may exercise the voting right for him/herself or for another person when a resolution is passed on whether he/she or the represented member is to be discharged or released from a liability, or whether the cooperative is to assert a claim against him/her or the represented member or decide on exclusion. However, he or she shall be heard before the resolution is adopted.
(8) The General Assembly shall appoint the chairperson of the meeting on the proposal of the Supervisory Board.
(9) The chairperson of the meeting shall appoint a secretary and, if necessary, vote counters.
(10) Representatives of the Auditing Association may attend any General Meeting in an advisory capacity.

(11) Resolutions of the General Assembly shall be recorded in the minutes in accordance with § 47 of the Cooperatives Act.

§ 10 Convening

(1) The ordinary General Assembly shall be held within the first six months after the end of the financial year.
(2) The members of the cooperative may demand the convocation of a General Assembly in a motion signed by them, stating the purpose and the reasons. For this purpose, the signatures of at least 10% of the cooperative members are required; if the number of members exceeds 1,500, it is sufficient if at least 150 members submit the request.
(3) The General Assembly shall be held at the registered office of the cooperative, unless the Executive Board and the Supervisory Board determine a different venue.
(4) The General Assembly shall be convened by the Executive Board. The Supervisory Board shall be entitled and obliged to convene it if there is a legal or statutory reason for doing so or if this is necessary in the interests of the cooperative, in particular at the request of the auditing association.
(5) The General Assembly shall be convened by direct notification of all members in text form. The invitation must be issued at least two weeks before the General Assembly. The notices shall be deemed to have been received if they have been sent two working days before the beginning of the period.
(6) The agenda shall be announced with the notice of convocation. The agenda shall be set by the person who convenes the General Assembly.
(7) Members of the Cooperative may, in a motion signed by them and stating the reasons, demand that items for resolution be announced in the General Assembly; this shall require the signatures of at least 5 % of the members of the Cooperative. If the number of members exceeds 1,000, it shall be sufficient if at least 50 members submit the request.
(8) Additions and amendments to the items for resolution must be announced to the members in text form at least one week before the General Meeting. The notices shall be deemed to have been received if they have been sent two working days before the start of the period.
(9) Each duly convened General Assembly shall constitute a quorum irrespective of the number of participants.

§ 11 Objects of the Adoption of Resolutions

(1)The General Assembly elects the members of the Supervisory Board and - if appointed - of the Advisory Board.
(2)The General Assembly shall elect the members of the Management Board. The Supervisory Board shall make a proposal for this.
(3)The General Assembly shall further decide on the matters specified in the Cooperatives Act and in these Articles of Association, in particular on:
(a) amendment of the Articles of Association;
b) adoption of the annual financial statements, appropriation of the net profit for the year or coverage of the net loss for the year;

c) discharge of the Executive Board and the Supervisory Board;
d) Determination of restrictions on the granting of loans in accordance with Section 49 of the Cooperatives Act;
e) Withdrawal from cooperative associations;
f) merging, splitting or changing the legal form of the cooperative in accordance with the provisions of the German Reorganization Act (Umwandlungsgesetz);
g) absorption, spin-off or discontinuation of a business area that affects the core business of the cooperative;
h) dissolution of the cooperative;
i) continuation of the cooperative after a resolution to dissolve it has been passed;
j) exclusion of members who are also members of the Board of Management or Supervisory Board of the cooperative.

§ 12 Majority Requirements

(1) Resolutions of the General Meeting shall require a simple majority of the votes validly cast, unless a larger majority is required by law or by these Articles of Association.
(2) A majority of three quarters of the votes validly cast shall be required in particular in the following cases:
(a) Amendment of the Articles of Association;
b) revocation of the appointment of members of the Supervisory Board;
c) Withdrawal from cooperative associations;
d) merger and demerger of the cooperative in accordance with the provisions of the German Reorganization Act (Umwandlungsgesetz);
e) dissolution of the Cooperative;
(3) A resolution on the change of the legal form shall require a majority of nine tenths of the validly cast votes. When adopting a resolution on dissolution as well as on a change of the legal form, two thirds of all members must be present at a meeting convened solely for this purpose, in addition to the statutory provisions. If this number of members is not reached in the meeting which decides on the dissolution or on the change of the legal form, any further general meeting may decide on the dissolution or on the change of the legal form within the same business year without regard to the number of members present.'

§ 13 Virtual General Meeting

(1) As a rule, the General Meeting shall be held in person; in exceptional cases, it may be held in person with virtual participation (para. 2) or as a purely virtual General Meeting (para. 3). For the virtual General Meeting, § 9 - 12 shall apply mutatis mutandis, unless otherwise provided below.
(2) The transmission of the General Meeting in sound and vision is permissible. The decision as to whether and in what manner the General Meeting is to be transmitted in picture and sound shall be made by the Executive Board with the consent of the Supervisory Board (electronic observation of a presence event). The method of transmission shall be announced with the notice of the meeting. With the approval of the

Supervisory Board, the Executive Board may enable members to exercise their question and/or voting rights by means of electronic communication (electronic participation in a face-to-face meeting).
(3) The General Meeting may also be held without the members being physically present (virtual General Meeting). In this case, all information required for full participation in the General Meeting shall be provided to the members together with the notice of the meeting. This shall include, in particular, information on any access data and, in addition, on the manner in which the right to speak, make motions, provide information and vote may be exercised and how and by when electronic voting is to take place.
(4) Participation in the virtual General Assembly may be effected in such a way that the technical design enables two-way communication between the members and the bodies and, where applicable, among each other in the General Assembly. This can also take place in a discussion phase preceding the voting process; in this case, the start of the discussion phase represents the start of the general meeting. The discussion phase lasts at least one week; ; its length shall be determined by the Executive Board with the approval of the Supervisory Board.
(5) Two-way communication may be conducted as:
Telephone or video conference,
a) e-mail discussion, or
(b) online discussion.
Voting may be conducted by
a) e-mail voting, or
b) online voting.
(6) When selecting the specific procedure, the Board of Management and Supervisory Board shall ensure that it is protected against manipulation by appropriate technical precautions. In addition, the following rules shall apply to the individual procedures.
(7) An e-mail discussion shall be convened by sending a message to all members via a member mailing list. The Executive Board shall ensure that the comments from all members are sent to all other members.
(8) The online discussion shall take place protected in a closed user group. Discussion areas shall be set up for each agenda item; these may be divided into sub-topics by the meeting management.
(9) In the case of e-mail voting, the members shall receive an e-mail from the meeting chair containing the text of the motion(s). The members respond via the mailing list by casting their vote in the mail, a form or, in the case of individual motions, in the subject line. The meeting chair shall specify the method of voting. Except in the case of telephone or video conferencing - where voting is done in real time - voting takes at least one week.
(10) In the case of online voting, the casting of a vote shall take place by means of an electronic procedure which ensures the transparency and verifiability of a vote cast by members. The specific voting procedure shall be determined by the Executive Board with the consent of the Supervisory Board.
(11) The minutes of the General Meeting must be supplemented by the following, if applicable:
(a) the nature and date of the start of the discussion phase,
b) the nature and period of the voting phase,
c) the names of the members who participated in the virtual General Meeting or virtually in the face-to-face meeting.

Proposal (2) We motion to adopt a manifesto for SuperCoop to provide a framework for what we do and why.

Read the SuperCoop Manifesto proposal **here.**

Proposal (3) We motion to adopt 9 guidelines for product selection (developed by the sourcing team).

Read the Sourcing Guidelines proposal **here.**